

Oberbürgermeister werben fürs größte Gewerbegebiet der Region

Gutachter bewerten das Mammutprojekt der Städte Braunschweig und Salzgitter.

Von Michael Kothe
und Katja Dartsch

Salzgitter. Die Oberbürgermeister der Städte Braunschweig und Salzgitter, Ulrich Markurth und Frank Klingebiel, haben am Freitag die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für das interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet auf der Stadtgrenze vorgestellt.

Kernaussage: Das gemeinsame Gewerbegebiet ist sinnvoll und machbar – es gibt jedoch mehrere Knackpunkte. Zum einen raten die Gutachter von einer Entwicklung der gesamten Fläche von mehr als 300 Hektar ab. Sie empfehlen, den nördlichen Bereich am Ellernbruchsee, wo etliche geschützte Tierarten leben, unangestastet zu lassen.

Ein großes Problem ist die Verkehrssituation. Insbesondere die Durchfahrt von LKW in den Orten soll vermieden werden. Um den Verkehr aus dem Gewerbegebiet direkt auf die A39 zu leiten und die angrenzenden Ortschaften nicht weiter zu belasten, soll der Bau einer zusätzlichen Anschlussstelle bei Thiede geprüft werden. Kosten: bis zu 40 Millionen Euro.

Insgesamt schätzen die Gutachter die Entwicklung der kleineren Variante (145 Hektar, davon 40 Hektar für lärmintensive Rund-um-die-Uhr-Industrie) auf 125 Millionen Euro. Die Oberbürgermeister setzen darauf, dass knapp 60 Millionen Euro mit Fördermitteln von Bund und Land gedeckt werden können. In knapp 20 Jahren könnte das Gewerbegebiet dann unter Berücksichtigung aller Einnahmen und Ausgaben



Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth (links) und sein Amtskollege Frank Klingebiel aus Salzgitter stellen die Machbarkeitsstudie vor.

Foto: Bernward Comes

erstmalig Gewinne in die Stadtkassen spülen – Tendenz steigend.

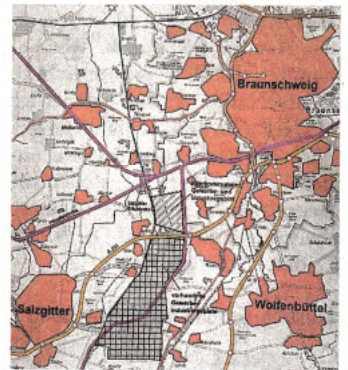
Eine weitere Herausforderung: Im regionalen Raumordnungsprogramm ist in einem Teilstück des Gebiets der Abbau von Kies geplant. Diese Pläne müsste der Regionalverband zurücknehmen, damit das Gewerbegebiet realisiert werden kann.

„Es sind dicke Bretter zu bohren“, räumte Klingebiel ein: „Aber es lohnt, sich diesen Herausforderungen zu stellen.“ Markurth bekräftigte: „Wir wollen in der ersten Liga der Industriepolitik weiter mitspielen.“ Die Studie habe verdeutlicht, welche große Chance dieses Gebiet berge: „Nir-

gendwo in Niedersachsen gibt es eine vergleichbare Fläche von dieser Größe und dieser Qualität.“

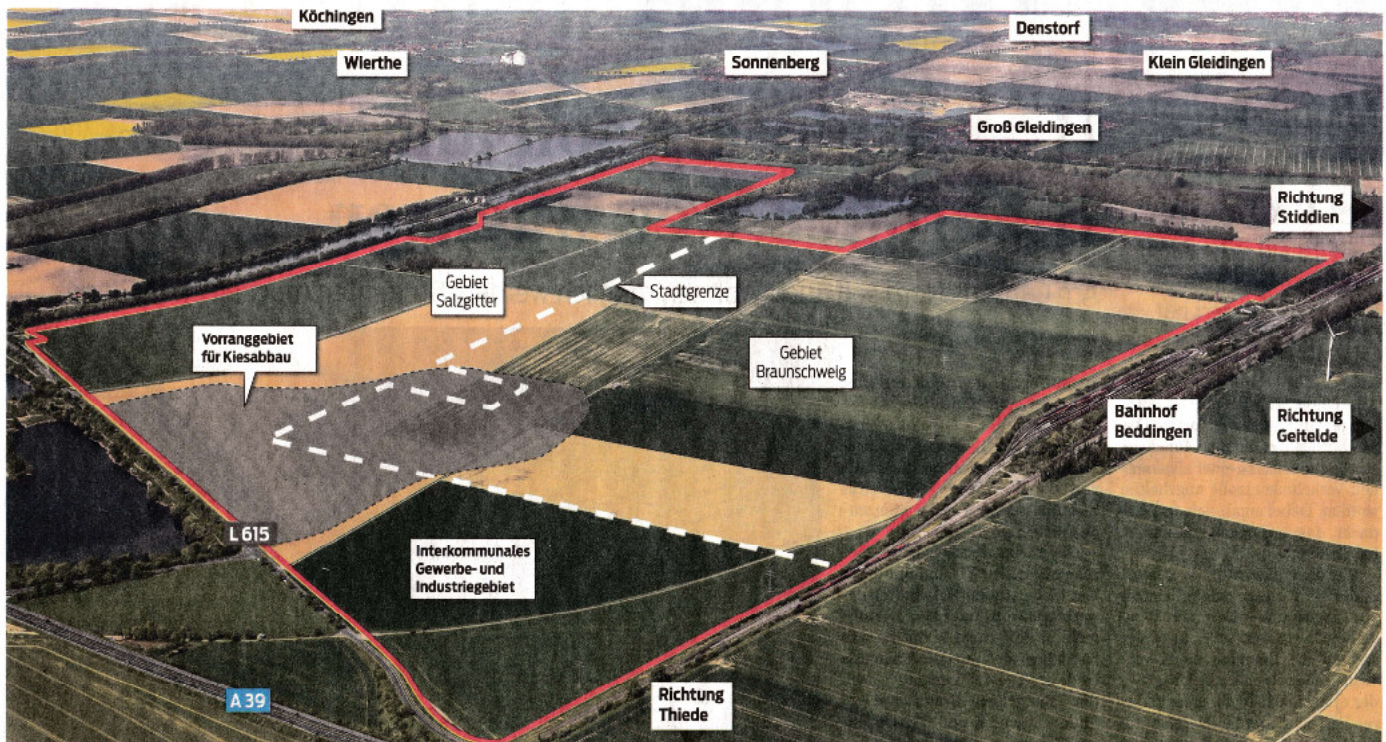
Am Vormittag hatten beide Verwaltungen die Räte über die Studie informiert. Nun erwarten die Oberbürgermeister von den Politikern eine Vorentscheidung im Juni. Sollten die Pläne weiter auf grundsätzliche Zustimmung stoßen, wollen die Verwaltungen die offenen Fragen klären, mit Ministerien und Behörden verhandeln. „Bis Ende September 2019 erwarten wir belastbare Ergebnisse“, sagte Klingebiel.

Mehr über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im **Lokalteil**.



Die Karte zeigt die zentrale Lage des geplanten Gewerbegebiets (gestrichelte Fläche). Darunter: die Werke von VW und Salzgitter AG sowie andere Betriebe (kartiert). Grafik: Stadt BS

Das Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter



Die rot markierte Fläche wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht. Ergebnis: Die Gutachter raten davon ab, das gesamte Gebiet für Industrie und Gewerbe zu erschließen. Der nördliche Teil bei Stiddien und am Ellernbruchsee (oberer Bildrand) soll unberührt bleiben, und nur 145 Hektar der mehr als 300 Hektar großen Fläche sollen genutzt werden.

Foto: Dieter Heitfeld/Craffik; Jürgen Runo

Vorteile des Areals sind Lage und Größe

Die Gutachter stellen in ihrer Bestandsaufnahme einen hohen Bedarf an Flächen für 24-Stunden-Betriebe fest.

Von Michael Kothe

Salzgitter/Braunschweig. Benötigen Salzgitter und Braunschweig weitere Industrie- und Gewerbeflächen? Haben die beiden Städte mit dem mehr als 300 Hektar großen Areal auf der Stadtgrenze zwischen Thiede, Beddingen und Stiddien ein geeignetes Gebiet für rund um die Uhr produzierendes Gewerbe gefunden? Und ist die an Straße, Schiene und Stüchkanal angebundene Fläche, die zum größten Gewerbegebiet der Region werden könnte, überhaupt vereinbar mit den Zielen von Natur- und Landschaftsschutz, Verkehr und Immissionschutz?

Das sind die Fragen, die die Gutachter der Machbarkeitsstudie für das geplante interkommunale Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter (INGE) für Kosten von rund 300 000 Euro



„Braunschweig hat seit Jahren einen zunehmenden Engpass bei Ansiedlungsflächen.“

Gerold Leppa, Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig.

umfassend beantworten sollten.

Ein Jahr hatten die Fachleute von „ExperConsult“ Zeit. Und die nutzten sie für eine detaillierte Bestandsaufnahme, Gewerbeflächenanalyse, Bedarfsprognose und eine Auflistung der Chancen und Risiken bei Umsetzung des Gewerbegebiets. Über allem standen die nahezu entscheidende Fragen: Wie wirtschaftlich ist das Vorhaben? Bringt es den beiden Städten ökonomische Vorteile, und stärkt es nachhaltig beide Wirtschaftsstandorte?



„Wir haben bis 2018 einen zusätzlichen Bedarf von 69,4 Hektar gewerblichen Flächen.“

Thomas Wetzel, Geschäftsführer der Wirtschafts- und Innovationsförderung.

Bevor sie die Fragen beantworten, legen die Gutachter die Lupe an, machen eine Bestandsaufnahme. So haben sie laut Braunschweigs Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa bestätigt, dass die Stadt „seit Jahren einen zunehmenden Engpass bei Ansiedlungsflächen verzeichnet“. Sofort verfügbar seien derzeit nur 19,88 Hektar Gewerbeflächen. Davon seien 14 Hektar für Unternehmen der Luft- und Raumfahrt sowie der Verkehrstechnik vorbehalten. Flächen für Industriebetriebe?

Fehlzanzeige. 24-Stunden-Betriebe mit einem Lärmpegel über 60 Dezibel (A) können sich in der Löwenstadt nicht ansiedeln. Die Folge: 2017 wurden trotz höherer Nachfrage nur 10 200 Quadratmeter verkauft. Wer an Gewerbeflächen interessiert ist, zahlt Quadratmeterpreise von 33,90 Euro.

In Salzgitter ergibt sich ein anderes Bild: 62,8 Hektar Flächen für Gewerbe (47 Prozent) und Industrie (51 Prozent) sind hier noch für Quadratmeterpreise von rund 19 Euro zu haben. Allerdings fehlen auch hier Grundstücke für Industrie- und Logistikunternehmen mit lautstarkem Rund-um-die-Uhr-Betrieb.

Der Bedarf zeigt sich laut Gutachter quantitativ und qualitativ in der gesamten Region. Allein für Braunschweig und Salzgitter, betont Thomas Wetzel, Geschäftsführer der Wirtschafts- und Inno-

vationsförderung Salzgitter (Wis), sagen Prognosen bis 2028 einen zusätzlichen Bedarf von 69,4 Hektar Gewerbeflächen voraus. „Es ist davon auszugehen, dass der tatsächliche Bedarf noch höher liegt“, heißt es in der Studie. Die Weichen zur Weiterentwicklung von Gewerbe- und Industriegebieten müssten daher „bereits heute gestellt werden“.

Die geplante Fläche bei Thiede biete etwa durch Lage und Größe eine Qualität, „die am Markt aktuell kaum bis gar nicht zu finden ist“, bilanzieren die Analysten.

Sehen Sie mehr!

Ein Video mit den Oberbürgermeistern und alle Einzelgutachten finden Sie hier:

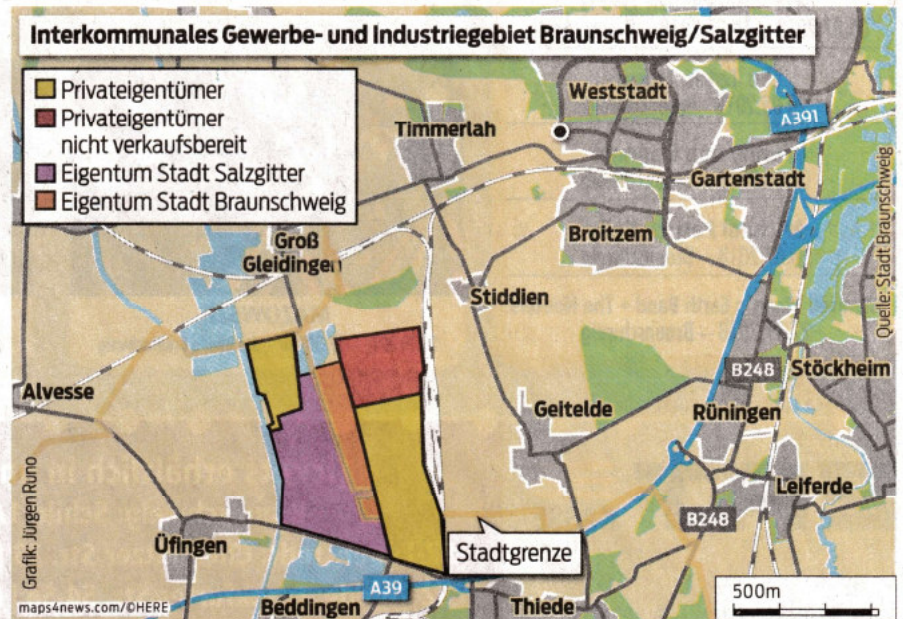
braunschweiger-zeitung.de

Wem gehören die Flächen?

Die Eigentümer der Felder im Nordosten wollen nicht verkaufen.

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Etwa die Hälfte des gesamten Areals befindet sich im Eigentum der Städte Braunschweig und Salzgitter. Die andere Hälfte ist in privatem Besitz. Die Landwirte, denen die nordöstlich gelegenen Felder gehören, sind nicht zum Verkauf oder Tausch bereit – diese Flächen würden für die abgespeckte Variante des Gewerbegebiets jedoch auch nicht benötigt. Die privaten Eigentümer der übrigen Felder haben nach Angaben der Verwaltung alle Verkaufsbereitschaft signalisiert. Ersatzland in der Nähe zu finden, könnte sich allerdings als schwierig erweisen.



Für die Realisierung der ersten, südlichen Hälfte des Gewerbegebiets müsste Land angekauft werden – die Eigentümer seien verkaufsbereit, heißt es.

Die OBs wollen Zusagen vom Land

Markurth und Klingebiel knüpfen die Umsetzung an Bedingungen.

Von Michael Kothe

Salzgitter/Braunschweig. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zum interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet ist von den Oberbürgermeistern Ulrich Markurth (Braunschweig) und Frank Klingebiel (Salzgitter) in einer gemeinsamen Erklärung kommentiert worden. Beide koppeln die Umsetzung des Vorhabens an Bedingungen.

Zum einen fordern sie, lediglich die Varianten 1 und 2 umzusetzen. Das bedeutet die Nutzung einer Gesamtfläche von 145 Hektar, davon 105 Hektar Gewerbe, der Rest Industrie). Allerdings nur unter diesen Voraussetzungen:

- 1. Der Regionalverband Großraum Braunschweig** hebt das Vorranggebiet für den Kiesabbau auf.
- 2. Das Land** stimmt mit beiden Städten Maßnahmen ab, die vor allem in den betroffenen Orten in Salzgitter dazu führen, die Verkehrsbelastung durch LKW „deutlich zu minimieren oder sogar ganz auszuschließen“.
- 3. Das Land** erklärt verbindlich, dass es die in der Machbarkeitsstudie eingeplante Landesförderung von 40 Prozent der Gesamtkosten zur Verfügung stellen wird.
- 4. Das Land** erklärt verbindlich, dass es 60 Prozent der Kosten für eine weitere A39-Anschlussstelle nach dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz fördert.

- 5. Bis Ende September 2019** werden „belastbare Ergebnisse“, insbesondere zu den nötigen Landesförderungen, erwartet – sofern die Räte im Juni 2018 zustimmen.

SO GEHT ES WEITER

Die beiden Städte stellen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie interessierten Bürgern am Montag, 7. Mai, ab 18.30 Uhr in der Stadthalle in Braunschweig vor.

Unsere Zeitung diskutiert über das Thema bei einer Podiumsdiskussion in drei Wochen in Salzgitter.

Experten raten zu neuem

Die Gutachter halten millionenschwere Straßenausbaumaßnahmen

Von Michael Kothe

Salzgitter. Dass das geplante interkommunale Gewerbegebiet vor allem im nahen Thiede den Durchgangsverkehr massiv erhöhen könnte, ist einer der zentralen Kritikpunkte, die die Gutachter in der Machbarkeitsstudie unter die Lupe genommen haben. So hat die örtliche Bürgerinitiative jüngst angekündigt, „alle ihr zur Verfügung stehenden demokratischen und juristischen Mittel“ zu ergreifen, um für die Erhaltung der Lebensqualität auch in den Kanaldörfern Üfingen, Sauingen und Bleckenstedt zu kämpfen.

Während die Gutachter in den Braunschweiger Stadtteilen Geitelde, Stiddien und Timmerlah keine Verkehrszunahme erwarten, empfehlen sie aufwändige Entlastungsmaßnahmen auf dem Stadtgebiet Salzgitters. „Eine weitere Belastung der Ortsdurchfahrt Thiedes mit LKW-Verkehren ist politisch nicht umsetzbar“, stellen sie in ihrer Studie fest. Sie raten daher, die betroffenen Straßen umzustufen und neu entstehende Verkehre auf das überregionale Autobahnnetz umzuleiten. Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel und Amtskollege Ulrich Markurth gehen einen Schritt weiter: Sie wollen dem Gewerbegebiet erst zustimmen, wenn das Land Maßnahmen zustimmt, mit denen die LKW-Belastung minimiert oder ausgeschaltet wird.

Doch auch die von den Gutachtern empfohlene Verlagerung des Verkehrs ist aufwändig. Denn die



Die hohe Verkehrsbelastung, die schon jetzt in Thiede herrscht, könnte sich durch

Anschlussstelle der Autobahn (A 39) bei Thiede sei „zu Spitzenzeiten bereits heute an ihren Kapazitätsgrenzen“, urteilen sie.

Also raten sie zur größeren und kostspieligeren Lösung. So empfehlen sie, in zwei Bauabschnitten die Landesstraße (L 625) vierstreifig auszubauen und auf der A 39 eine weitere Anschlussstelle zu installieren. Wenn die Kreuzungen der L 615 mit der Kreisstraße (K 15) und der A 39-Aus-

fahrt aus Richtung Braunschweig zu Kreisverkehren ausgebaut würden, wäre dies der erste Schritt in die richtige Richtung.

Zweite Maßnahme sollte der Bau einer neuen Anschlussstelle zur A 39 aus Richtung K 16 sein. Vorteile: Größere Verkehrsmengen fließen direkt aufs Autobahnnetz, die Anschlussstelle Thiede würde entlastet, der Durchgangsverkehr reduziert. Die Kosten dafür: bis zu 40 Millionen Euro.

A39-Anschluss

für nötig, um anliegende Orte zu entlasten.



ch das Gewerbegebiet massiv erhöhen, befürchten die Anwohner.

Foto: Comes



So sehen die Pläne für den Bau einer neuen Anschlussstelle auf der Autobahn (A39) bei Thiede aus. Kosten: bis zu 40 Millionen Euro.

Skizze: Runo

Verzicht auf den Kiesabbau

Der Regionalverband müsste umplanen.

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Im südliche Bereich des für das Gewerbegebiet angedachten Areals ist für die Zukunft eigentlich ein großes Kiesabbaugebiet vorgesehen. Als „Vorranggebiet Kiesabbau“ sind im Regionalen Raumordnungsprogramm insgesamt 40 Hektar angedacht.

Für die Städte Braunschweig und Salzgitter bedeutet das eine weitere planerische Hürde: Mit der Erstellung eines Bbauungsplans für ein Gewerbe- und Industriegebiet dürften sie nämlich erst beginnen, wenn diese regionalplanerische Festlegung durch ein Änderungsverfahren aufgehoben würde. Der Regionalverband Braunschweig müsste also auf den Kiesabbau an dieser Stelle verzichten – und versuchen, geeignete alternative Flächen in der Region zu finden.

„Ohne eine Verlegung des Abbaubereiches ist das Gewerbegebiet sinnvoll nicht zu entwickeln“, heißt es in der Studie. Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel hofft bis Ende 2019 auf folgendes Ergebnis: „Der Regionalverband Großraum Braunschweig leitet im Einvernehmen mit dem Land das Änderungsverfahren zur Aufhebung des Vorranggebiets Kiesabbau ein.“



Im Süden des Areals sollte künftig eigentlich Kies abgebaut werden – wird jetzt umgeplant?

Symbolfoto

Kammolche und Feldlerchen

Der Bereich rund um den Ellernbruchsee soll verschont bleiben.

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Der Bereich um den Ellernbruchsee und den Forst Stiddien wird von den Gutachtern als naturschutzfachlich wertvoll bewertet. Dort leben geschützte Tierarten wie Kammolche und Feldlerchen. Die Experten raten von einer Nutzung dieses Bereichs für das Gewerbegebiet ab. Auf den übrigen Flächen wurden Feldhamsterbauten nachgewiesen. Erforderlich wären dafür Kompensationsflächen von rund 160 Hektar. Im Fazit der Studie heißt es: „Das Fachgutachten für Flora und Fauna sowie die Erkenntnisse zum Thema Klima zeigen lösbbare Aufgaben an.“



Der Ellernbruchsee ist bei Anglern beliebt. Der Bereich rund um den See soll nach dem Vorschlag der Gutachter unangetastet bleiben.

Foto: Cornelia Steiner

Gutachter raten: Schließt Atommüllfirmen aus!

Die Pläne entsprechender Unternehmen können zivilrechtlich verhindert werden.

Von Michael Kothe

Salzgitter. Immer wieder geht in der Bevölkerung die Angst um, im geplanten interkommunalen Gewerbegebiet könne Atommüll zwischengelagert werden, der für das vorgesehene, ab 2027 in Betrieb gehende nahe Endlager Schacht Konrad bei Bleckenstedt vorgesehen ist. Die Räte der Städte Braunschweig und Salzgitter hatten daher der Machbarkeitsstudie

im Sommer 2017 zwar zugestimmt, aber in einer Klausel festgelegt, dass atomverarbeitende Betriebe ausgeschlossen werden sollen.

Die Gutachter raten daher in der Machbarkeitsstudie, die Ansiedlung von Betrieben, „die einer atom- oder strahlenschutzrechtlichen Genehmigung bedürfen“, mit zivilrechtlichen Schritten zu verhindern. Allerdings gelte das nur dann, sofern das Baurecht

kommunale Flächen betrifft. Zudem empfehlen die Experten, bei der Käuferauswahl und einer gezielten Ausgestaltung der Grundstückskaufverträge den Abschluss unerwünschter Betriebe zu gewährleisten. So könnten die Kommunen bei Verletzung der Unterlassungspflicht ein Rück- oder Vorkaufsrecht geltend machen. Außerdem könne in den Rathäusern zu Rechtsnachfolgeklauseln gegriffen werden.

Der Zeitplan und die Bauabschnitte

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Die wahre Größe des Projekts lässt sich gut an den zeitlichen Dimensionen erkennen: Die Planer gehen von einem Entwicklungszeitraum von 40 Jahren für das gesamte Gelände aus. Die Gutachter empfehlen, das Gewerbegebiet in drei Bauabschnitten von Süden nach Norden zu entwickeln – und sie raten davon ab, den nördlichsten Bereich zu erschließen.

Der erste Bauabschnitt (99 Hektar) wäre mit „relativ überschaubarem Aufwand für die zu schaffende verkehrliche Infrastruktur zu bewältigen“, heißt es im Gutachten. Für den zweiten Bauabschnitt (46 Hektar) wäre hingegen eine zusätzliche Anschlussstelle der A 39 für das Gewerbegebiet „unerlässlich“, wie die Oberbürgermeister betonen. Für den dritten Bauabschnitt (66 Hektar) müsste eine Stromtrasse verlegt werden.

Die ersten beiden Bauabschnitte könnten gemeinsam geplant werden. Die Kosten hierfür werden auf 125 Millionen Euro geschätzt. Rund 2700 neue Arbeitsplätze könnten entstehen. Erste Gewinne würde das Gebiet aber erst in vielen Jahren abwerfen: Unter Berücksichtigung aller Einnahmen und Ausgaben wird bis zum Jahr 2039 mit 3,8 Millionen Euro Gewinn gerechnet.

Wie geht es nun weiter? Im Juni sollen die Räte beider Städte entscheiden, ob mögliche Lösungen für die erkannten Problemfelder (Verkehr, Kiesabbau, Fördergelder) erarbeitet werden sollen. Ende 2019 stünde dann die Entscheidung an, ob die ersten Bauabschnitte tatsächlich realisiert werden sollen. Die Entscheidung über einen möglichen dritten Bauabschnitt müsste erst in 15 bis 20 Jahren getroffen werden.

Protest wächst seit Anfang 2017

Von Michael Kothe

Braunschweig/Salzgitter. Vor zwei Jahren haben die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter ihre Idee eines gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebiets bei Stiddien, Geitelde und Üfingen erstmals vorgestellt. Seitdem ist der Protest in den angrenzenden Orten massiv gewachsen.

Im April 2017 wurde die Bürgerinitiative „Südwest Braunschweig“ (BI) gegründet. Auf dem Stadtgebiet Salzgitters wuchs ab November die Bürgerinitiative „Nein zum Industriegebiet Salzgitter/Braunschweig“. Die Protestierenden aus Braunschweig haben inzwischen eine eigene, 58-seitige „alternative Machbarkeitsstudie“ erarbeitet. Sie sieht erwartungsgemäß weder den Bedarf noch eine Umsetzungsmöglichkeit für ein Gewerbegebiet in der geplanten Dimension.

Die Üfinger BI hat jüngst erst „erbitterten Widerstand“ gegen das Vorhaben angekündigt. Die Umsetzung bedeute einen „gefährlichen Irrweg für Mensch und Natur“. Doch die Ergebnisse der Studie kannten beide BIs nicht.

Bürger machen Druck: Nein zum Industriegebiet

Freitag und Montag wird die Machbarkeitsstudie vorgestellt. Die Bürgerinitiative „Südwest Braunschweig“ bekräftigt ihre Kritik.

Von Cornelia Steiner

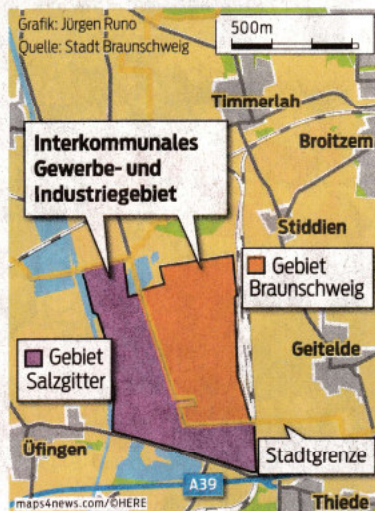
Braunschweig. Zwei Jahre sind vergangen, seit die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter ihre Idee eines gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebietes bei Stiddien, Geitelde und Üfingen vorgestellt haben. In der Zwischenzeit ist zweierlei geschehen:

- Zum einen haben die beiden Städte auf Beschluss ihrer Räte eine gemeinsame Machbarkeitsstudie erstellt. Sie besteht aus mehreren Einzelgutachten von externen Fachleuten und wird am Freitag, 4. Mai, Politikern und Medien präsentiert. Am Montag ist außerdem eine Infoveranstaltung für alle interessierten Bürger vorgesehen.

- Zum anderen ist der Protest in den angrenzenden Orten gewachsen: Im April 2017 wurde die Bürgerinitiative „Südwest Braunschweig“ gegründet, und in Üfingen folgte im November 2017 die Gründung der Bürgerinitiative „Nein zum Industriegebiet Salzgitter/Braunschweig“. Die Braunschweiger Bürgerinitiative hat nun eine eigene „alternative Machbarkeitsstudie“ erarbeitet, wie der Vorsitzende Edgar Vögel mitteilt. Sie soll an diesem Mittwoch veröffentlicht werden – also bevor die städtische Machbarkeitsstudie vorgestellt wird.

Die Bürgerinitiative kommt erwartungsgemäß zu folgendem Ergebnis: „Es besteht keine Machbarkeit für die Umsetzung des geplanten Gewerbe- und Industriegebietes an dem geplanten Standort.“ Auf 58 Seiten listen die Autoren Argumente auf, die ihre Ablehnung untermauern sollen. Hier ein Überblick zu einigen strittigen Punkten:

- Ganz grundsätzlich ist die Bürgerinitiative der Ansicht, dass das bis zu 300 Hektar große Ge-



Die Karte zeigt, welche Fläche für das Industriegebiet infrage kommt.

werbe- und Industriegebiet überhaupt nicht benötigt werde. Es gebe doch genügend freie Gewerbeflächen in unserer Region, meint Edgar Vögel.

Die Stadt Braunschweig hingegen betont, man habe im Stadtgebiet kaum noch frei verfügbare Flächen – insbesondere für Industriebetriebe, die täglich rund um die Uhr produzieren. Auch in Salzgitter gebe es neben Watenstedt nur wenige Flächen für großräumige Industrieansiedlungen. Die Nachfrage sei aber da. Welches Ansiedlungspotenzial es tatsächlich gibt, sollte im Rahmen der Machbarkeitsstudie geprüft werden.

- Groß ist die Sorge der Anwohner vor mehr Verkehr. Schon heute seien die Straßen in einigen Anliegerorten stark belastet. Man befürchte einen Verkehrskollaps, heißt es in der „alternativen Machbarkeitsstudie“.

Wie das Gewerbe- und Industriegebiet genau erschlossen werden könnte, wollen die Städte am Freitag erläutern. Fest steht, dass der Zugang nur über Salzgitteraner Gelände möglich ist. Für Unternehmen ist die Anbindung sehr

INFO-VERANSTALTUNG

Die Machbarkeitsstudie wird am Montag, 7. Mai, ab 18.30 Uhr im Großen Saal der Stadthalle Braunschweig am Leonhardplatz vorgestellt (Einlass ab 18 Uhr).

Die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter erläutern gemeinsam mit Stadtplanungs- und Wirtschaftsexperten der beiden Städte die Ergebnisse. Bürger können anschließend ihre Fragen und Anregungen in großer Runde äußern.

gut: A 39, Verschiebebahnhof Beddingen und Salzgitter-Stichkanal sind ganz nah.

- Die Bürgerinitiative beklagt, dass das Gewerbe- und Industriegebiet zu einer unwiederbringlichen Zerstörung von außergewöhnlich fruchtbaren Ackerböden führen würde. Auch das Landvolk hatte diese Tatsache wiederholt kritisiert. Hinzu komme, dass die Fläche Lebensraum geschützter Tiere sei.

- Was die Bürger auch umtreibt, ist nach wie vor die Frage: Kann die Ansiedlung von Betrieben ausgeschlossen werden, die mit radioaktiven Stoffen arbeiten? Aus Sicht von Edgar Vögel gibt es bislang keinen Beweis dafür, dass dies hundertprozentig möglich ist.

Auch damit hat sich die Machbarkeitsstudie der beiden Städte befasst.

Reden Sie mit!

Der Artikel ist für alle Leser
frei kommentierbar:

braunschweiger-zeitung.de

Kritiker: Das Gewerbegebiet ist überflüssig

Edgar Vögel, Sprecher der Bürgerinitiative Südwest-BS, kennt erste Ergebnisse der Machbarkeitsstudie.

Von Katja Dartsch

Samstag, 24. März 2018
Braunschweig. Im Südwesten unserer Stadt, in unmittelbarer Nähe der Dörfer Stiddien und Gettelde, könnte das größte Industrie- und Gewerbegebiet der Region entstehen. Wie berichtet, arbeiten die Städte Braunschweig und Salzgitter derzeit an einer Machbarkeitsstudie. Die Ergebnisse werden mit Spannung erwartet – auch von der Bürgerinitiative Südwest-BS. Ihr Sprecher Edgar Vögel kritisiert im Interview das Vorhaben – und hält das Gewerbegebiet für überflüssig.

Herr Vögel, warum engagieren Sie sich gegen das geplante Gewerbegebiet?

Ich kenne dort jeden Stein, denn ich bin dort oft mit dem Fahrrad unterwegs. Vor gut einem Jahr war ich bei der ersten Info-Veranstaltung in Gettelde. Seitdem beschäftige ich mich mit dem Thema – und es tun sich Abgründe auf.

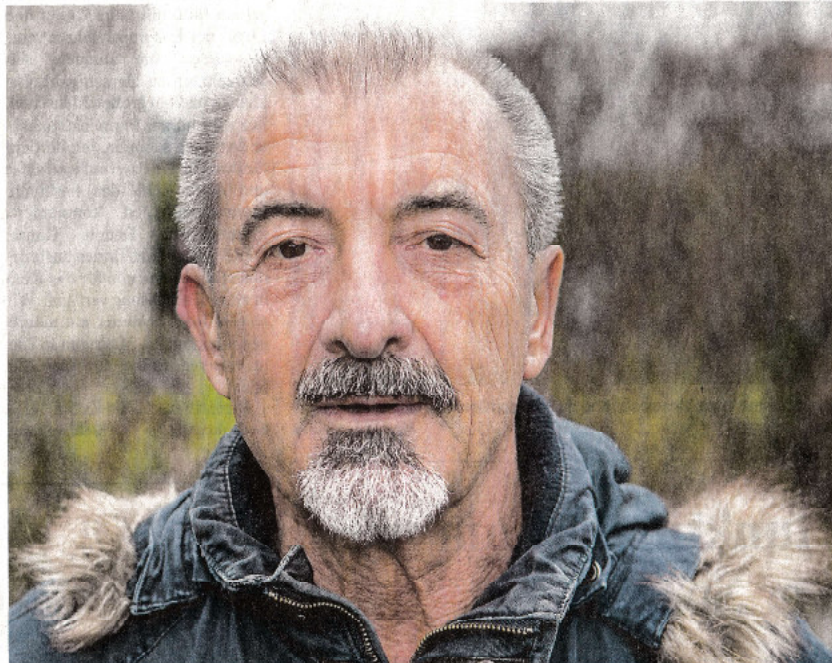
Geben Sie bitte ein Beispiel.

Nun, da gibt es etwa den „Luftreinhalteplan“ der Stadt von 2011. Darin geht es um das Klima und die Luft in der Stadt. Darin steht, dass der Wind an den meisten Tagen aus westlicher oder südwestlicher Richtung weht und so frische Luft in die Innenstadt bringt. Die großen Ackerflächen im Südwesten, auf denen nun das Gewerbegebiet geplant wird, sind demnach die grüne Lunge der Stadt.

Der Gutachter kommt zu dem Schluss, dass eine Bebauung und Versiegelung in diesem Gebiet nur in Ausnahmefällen erfolgen sollte. Wenn dort Industrie und Gewerbe angesiedelt werden, ist es mit der sauberen Luft vorbei.

Es geht den Kritikern aber auch um die Ackerflächen, oder?

Bei den Ackerflächen dort handelt es sich um die fruchtbarsten Böden in Europa. Das muss man sich



Edgar Vögel (67) aus Timmerlah ist der neue Sprecher der Bürgerinitiative Südwest-BS. Er folgt damit auf Klaus Werner, der Ende 2017 unerwartet gestorben ist. Vor seiner Pensionierung war Vögel stellvertretender Schulleiter des Kranich-Gymnasiums in Salzgitter.

Foto: Florian Alenkschmidt/Bestpreis.de

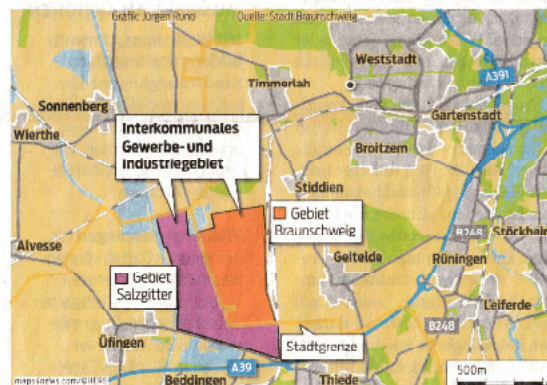
mal vorstellen: Dass die besten Böden, auf denen die höchsten Erträge erzielt werden können, absichtlich und unwiederbringlich zerstört werden sollen. Das ist schwer auszuhalten, finde ich.

Gibt es weitere Punkte, die Sie kritisieren?

Ja, beispielsweise, was den Verkehr angeht: Oberbürgermeister Ulrich Markurth hat gesagt, der Verkehr werde komplett über die A 39 gehen. Das wird so nicht sein: Schon allein wegen der Maut werden viele LKW über die Dörfer fahren. Hinzu kommt, dass die A 39 an etlichen Tagen im Jahr dicht ist. Das bekommen wir Anwohner in den Ortschaften schon jetzt deutlich zu spüren.

Die meisten Einzelgutachten für die Machbarkeitsstudie liegen bereits vor. Es hieß, man prüfe ergebnisoffen ...

Das glaube ich nicht. Salzgitters Oberbürgermeister hat im April 2016 gegenüber Ihrer Zeitung ge-



Rund 300 Hektar soll das geplante interkommunale Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter groß sein.

sagt: Das Gebiet werde kommen – in der Studie gehe es nicht um das Ob, sondern um das Wie. Dafür spricht auch, dass mit dem Teilgutachten zur Realisierung ein Beratungsunternehmen beauftragt wurde, das sein Geld eigentlich mit der Umsetzung von Industrie- und Gewerbeflächen für Kommunen verdient. Es ist kaum

zu erwarten, dass diese Firma von einer Realisierung abrät.

Sind Ihnen schon Teilergebnisse bekannt?

Das faunistisch-floristische Teilgutachten liegt uns vor. Rund um den Ellernbruchsee gibt es einige geschützte Arten: Rebhühner,

AKTIONEN

Mit dem Nabu wird eine Führung im betroffenen Gebiet angeboten. Treffen am Ellernbruchsee: Freitag, 20. April, Start um 16.30 Uhr am Parkplatz Ellernbruchsee/„3-Herren-Stein“.

„Wiesen-Open“ am 12. Mai ab ca. 16 Uhr. Open-Air mit Musik und Infos der Bürgerinitiativen aus BS und SZ: am Gelände am Fuhsekanal hinter der Unterführung Richtung Ellernbruch.

Online-Petition unter www.rhange.org (Suchwort: Braunschweig).

Feldlerchen, Schafstelze und Feldhamster. Nördlich des Sees gibt es Kammolche. Der Gutachter schätzt, dass die Umsiedlung und die Schaffung von Ausgleichsflächen rund fünf Millionen Euro kosten würde. Hinzu kämen Millionen für den Kauf der Ackerfläche sowie für die Erschließung des Geländes. Die Investition wird also erheblich sein. Und das, obwohl dieses Gewerbegebiet gar nicht gebraucht wird.

Wie kommen Sie darauf? Die Stadt ist auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer angewiesen und hat kaum noch freie Flächen.

Es gibt genug freie Gewerbeflächen in Salzgitter, die die Stadt seit Jahren nicht loswird. Und die Stadt Braunschweig würde gerne mit Fördergeldern die 222 Hektar am Rangierbahnhof im Stadtzentrum kaufen, um dort Wohngebiete und Gewerbeflächen zu entwickeln. Das sollte reichen.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie waren für Anfang 2018 versprochen – nun wird es wohl Mai oder Juni. Warum die Verzögerung?

Das rechtliche Gutachten liegt noch nicht vor. Darin geht es um einen heiklen Punkt: Politik und Verwaltung wollen die Ansiedlung von atomverarbeitenden Betrieben ausschließen. Dies rechtssicher zu formulieren, könnte schwierig werden [siehe Bericht unten].

Reden Sie mit!

Der Artikel ist frei kommentierbar im Internet:

braunschweiger-zeitung.de

Die große Sorge vor einem Atommüll

Die BIBS-Fraktion hakt bei der Stadtverwaltung nach. Der Stadtbaur

Von Cornelia Steiner

Braunschweig. Die Sorge, dass auf dem geplanten Industrie- und Gewerbegebiet ein Zwischenlager für Atommüll entstehen könnte, bewegt viele Menschen. Die BIBS-Fraktion hatte daher zur jüngsten Ratssitzung eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Hintergrund: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es, dass zügig ein Bereitstellungs-lager für Schacht Konrad geschaffen werden soll. Das Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll geht nach einer erneuten Verzögerung voraussichtlich 2027 an den Start.

Die BIBS wollte nun wissen, was geschieht, wenn sich das geplante Industrie- und Gewerbegebiet als geeignete Fläche für ein Zwischenlager herausstellen sollte: „Würde die Verwaltung dann vorschlagen, dass auch bei einem positiven Ergebnis der Machbarkeitsstudie kein Gewerbegebiet eingerichtet wird, um die Ansiedlung des Bereitstellungs-lagers abwenden zu können?“

Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer machte zunächst deutlich, dass Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies ein Bereitstellungs-lager für ganz Niedersachsen abgeschlossen habe. Abgesehen davon

biete die Ausweisung eines Baugebietes in Verbindung mit einer „beschränkt persönlichen Dienstbarkeit“ im Grundbuch einen weitaus besseren Schutz vor der Ansiedlung eines Zwischenlagers oder anderer nukleartechnischer Betriebe als die Beibehaltung des Status Quo.

„Beschließt der Rat in Ausübung seiner grundgesetzlich garantierten Planungshoheit einen Bebauungsplan, der anderweitige Nutzungen festsetzt, wird es für den Bund oder das Land schwerer, ein Zwischenlager planungsrechtlich zu ermöglichen“, erläuterte Leuer. „Zudem gilt das Zivilrecht

ll-Zwischenlager

urat hält die Bedenken für unbegründet.

ausnahmslos für alle Eigentümer und kann auch nicht durch hoheitliche Maßnahmen des Bundes gegenüber der Gemeinde überwunden werden.“

Die BIBS wollte weiterhin wissen: Konnte die Verwaltung den Ausschluss bestimmten Gewerbes durch eingetragene Dienstbarkeiten im Grundbuch in der Vergangenheit bereits erfolgreich durchsetzen? Dazu sagte Leuer, dass die Verwaltung keine einschlägige Erfahrung habe. Man vertraue dem juristischen Gutachten, das eine national renommierte Kanzlei im Rahmen der Machbarkeitsstudie erstelle.

Eine weitere Frage zielte auf den Bahnhof Beddingen. Er soll als Übergabebahnhof für Schacht Konrad dienen. Die dort zu erwartenden Tätigkeiten wie das Abladen vom Zug und das Aufladen auf einen LKW würden unter den Oberbegriff „Logistik“ fallen, so die BIBS. „Würde die Verwaltung auch dieses Gewerbe ausschließen?“ Leuer: „Die Städte haben keine rechtlichen Zugriffe auf Transporttätigkeiten auf dem Gelände des Übergabebahnhofes. Auf dem Gelände selbst gibt es keine geeignete Fläche und auch nicht das Planungsrecht, einen Logistikbetrieb anzusiedeln.“